

# Groß Wartenberger Kreis-Blatt



Druck, Verlag und Expedition: **Waldemar Graze, Groß Wartenberg.**

Redaktionsfernsprecher: **Gr. Wartenberg Nr. 40.**

Anzeigen sind an die Geschäftsstelle dieses Blattes bis Freitag früh einzusenden. Anzeigengebühren die 4gespaltene Grundschriftzeile 10 Pfennig. — Belegungsgeld für das Vierteljahr 60 Pfennig, durch die Post 80 Pfennig.

**Nr. 49.**

**Sonnabend, den 6. Dezember**

**1913.**

## **Verfügungen des Königlichen Landrats.**

### **Allgemeine Verordnungen und Verfügungen.**

Der mit der kommissarischen Verwaltung der hiesigen Kreisfiskalarstelle beauftragte Regierungsrat Herr Walter Kuh ist zum Kgl. Kreisfiskalar ernannt worden.

Groß Wartenberg, den 30. November 1913.

Unter dem Viehbestande des Dominikus Gutschwig Kreis Ohtau ist die Maul- und Klauenseuche amtstierärztlich festgestellt worden.

Groß Wartenberg, den 3. Dezember 1913.

Auf den letzten Seiten dieses Kreisblattes sind Leitfäden des Vorstandes der Landwirtschaftskammer in Breslau für die Durchführung der reichsgesetzlichen Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten abgedruckt, auf welche hierdurch besonders hingewiesen wird.

Groß Wartenberg, den 2. Dezember 1913.

### **Das Versicherungsamt.**

Am Sonntag, den 7. Dezember 1913, nachmittags 4 1/4 Uhr findet in Groß Wartenberg, Hotel Weißer Adler, eine Bezirksversammlung der dem Provinzialverbande schlesischer landwirtschaftlicher Genossenschaften angehörenden Genossenschaften des Kreises Groß Wartenberg statt. Die Tagesordnung ist folgende:

1. Bericht über den Stand der Organisation.
2. Bericht der Vertreter der Genossenschaften über Umsatz in 1913 und derzeitigen Mitgliederstand, sowie über etwaige besondere Geschäftsvorfälle.

3. Vortrag über die Schlesische Landgesellschaft m. b. H.

4. Vortrag über die öffentlich. Volksversicherung und ihre Förderung durch die Spar- und Darlehnskassen.

Referent: Direktor Dr. Krüger-Breslau.

5. Vortrag: Die Stickstoffdüngemittel, ihre Anwendung und Wirkung.

6. Geschäftliches, allgemeine Fragestellung. Die Versammlung ist öffentlich und auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

Die Gemeindevorsteher des Kreises ersuche ich, Interessenten auf die Versammlung hinzuweisen. Groß Wartenberg, den 3. Dezember 1913.

Die nächste Sitzung des Kreistages findet am Sonnabend, den 20. Dezember 1913, vormittags 11 Uhr im Saale des Kreisamthauses statt.

### **Tagesordnung.**

1. Abgabe eines Gutachtens über die Umgemeindung von Parzellen aus Groß Wartenberg in den Gutsbezirk Himmelthal und aus diesem in den Stadtbezirk Groß Wartenberg.
2. Abgabe eines Gutachtens über die Umgemeindung von Parzellen aus dem Gemeindebezirk Penken in den Stadtbezirk Neumittelswalde.
3. Vorlage der geprüften Kreisparlamentsrechnung für 1912.
4. Abänderung des Beschlusses vom 17. März 1909 betreffend die Hinzuzählung sämtlicher jingierter Steuerlätze zum Kreissteuertoll.
5. Wahl von 2 Mitgliedern zur Landwirtschaftskammer.
6. Vervollständigung der Amtsvorstehervorschlagsliste.
7. Wahl von 2 Kreisamthaus-Mitgliedern.
8. Beschlußfassung über Neuordnung der Geschäftsverhältnisse des Kreisamtheiters.

9. Wahl von Schiedsmännern und Schiedsmannsstellvertretern.

10a) Zustimmung des Kreistages betreffend die Abänderung des § 7 der Satzungen der Landkrankenkasse des Kreises Groß Wartenberg, daß über 50 Jahre alte Personen nicht mehr beitragsberechtigt sind.

10b. Wahl eines Ausschußmitgliedes für die genannte Landkrankenkasse.

11. Bewilligung einer Beihilfe zu den Ersteinrichtungskosten einer für den Kreis Groß Wartenberg einzurichtenden Wanderhaushaltungsschule.

Groß Wartenberg, den 18. November 1913.

### Be s c h l u ß

Auf Antrag des Königl. Katasteramtes hier und im Einverständnis mit den beteiligten Guts- und Gemeindevorständen sowie der jetzigen Besitzer und unter Ergänzung des bedingungslosen Einverständnisses des Stellenbesizers Wilhelm Bunt I zu Jeschune werden gemäß § 2 Abs. 4 der Landgemeindeordnung die Parzellen:

I. Kartenblatt 1 Parzelle 353/163, 354/163, Kartenblatt 2 Parzelle Nr. 37/24, 38/24, 39/24, 40/24, 41/24, 42/24, 43/24, 44/24, 15 der Gemarkung Kottowski mit einem Flächeninhalt von 9,97,64 ha und einem Grundsteuer-Reinertrage von 1,27 Tl.

aus dem Gutsbezirk Fürstlich Nießen ausgeschieden und mit dem Gemeindebezirk Kottowski vereinigt.

II. Kartenblatt 1 Parzelle Nr. 125/93, 126/1, 127/1, 128/1, 129/1, 130/1, 131/1, 132/1, 133/1, 134/1, 135/1, 136/1, 119/93 und Kartenblatt 2 Parzelle Nr. 72 der Gemarkung Jeschune mit einem Flächeninhalt von 17,28,59 ha und einem Grundsteuer-Reinertrage von 2,07 Tl.

aus dem Gutsbezirk Fürstlich Nießen ausgeschieden und mit dem Gemeindebezirk Jeschune vereinigt.

Groß Wartenberg, den 24. November 1913.

Der Kreis-Ausschuß.

### Be s c h l u ß

Auf Antrag des Königl. Katasteramtes hier und im Einverständnis mit den Beteiligten wird gemäß § 2<sup>a</sup> Land-Gemeinde-Ordnung die Parzelle Nr. 181/148 des Kartenblattes 2 der Gemarkung Rabine in Größe von 4,70 ar und einem Grundsteuer-Reinertrag von 0,29 Tl. aus dem Gutsbezirk Rabine ausgeschieden und mit dem Gemeindebezirk Rabine vereinigt.

Groß Wartenberg, den 24. November 1913.

Der Kreis-Ausschuß.

### Be s c h l u ß

Auf Antrag des Königl. Katasteramtes und im Einverständnis mit den Beteiligten wird gemäß § 2 Abs. 4 Land-Gemeinde-Ordnung die Parzelle Nr. 94/16 des Kartenblattes 1 der Gemarkung Oßen in Größe von 10,81 ar und einem Grundsteuer-Reinertrag von 0,42 Tl. aus dem Gutsbezirk Oßen ausgeschieden und mit dem Gemeindebezirk Oßen vereinigt.

Groß Wartenberg, den 24. November 1913.

Der Kreis-Ausschuß.

### Be s c h l u ß

Auf Antrag des Königl. Katasteramtes hier und im Einverständnis mit den Beteiligten wird gemäß § 2<sup>a</sup> Land-Gemeinde-Ordnung die Parzelle Nr. 399 v. 104 des Kartenblattes 6 der Gemarkung Pawelau in Größe von 17,76 ar, ohne Grundsteuer-Reinertrag aus dem Gemeindebezirk Rogine ausgeschieden und mit dem Gemeindebezirk Pawelau vereinigt.

Groß Wartenberg, den 24. November 1913.

Der Kreis-Ausschuß.

### Polizeiverordnung

über den Verkehr der Fuhrwerke auf öffentlichen Wegen.

Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) wird mit Zustimmung des Provinzialrats für den Umfang der Provinz Schlesien mit Ausnahme des Bezirks der Stadt Breslau folgendes verordnet:

Der § 2 Absatz 1 der Polizeiverordnung über den Verkehr der Fuhrwerke auf öffentlichen Wegen vom 7. Juli 1892 erhält folgende Fassung:

Nach Eintritt der Dunkelheit — mindestens in der Zeit von einer Stunde nach Sonnenuntergang bis eine Stunde vor Sonnenaufgang — und bei starkem Nebel müssen alle auf öffentlichen Straßen befindlichen beladenen und unbeladenen, zur Bewegung mit Zugtieren bestimmten Fuhrwerke, falls sie zur Personenbeförderung bestimmt sind, mit zwei Laternen, je einer an jeder Seite des Wagens, falls sie zum Lastverkehr bestimmt sind, mit einer Laterne vorn an der linken Seite des Wagens versehen sein. Wenn die Bauart oder die Beladung eines Lastfuhrwerks diese Anbringung nicht gestattet, darf die Laterne an der Deichselspitze oder an der linken Seite des linken gehenden Zugtieres befestigt werden. Die Laternen müssen hell brennen und ihr Licht nach vorn und nach außen werfen.



Diese Verordnung tritt am 1. April 1912 in Kraft.

Breslau, den 19. Februar 1912.

Der Oberpräsident der Provinz Schlesien.

J. B. gez.: Schimmelpfennig.

Abdruck bringe ich wiederholt mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis, daß vorstehende Polizeiverordnung eine Verschärfung der bisherigen Vorschriften in folgenden Punkten enthält:

1) Die Beleuchtung der Fuhrwerke muß bei Dunkelheit oder starkem Nebel, — mindestens aber in der Zeit von einer Stunde nach Sonnenuntergang bis eine Stunde vor Sonnenaufgang erfolgen. Wer also bei Dunkelheit oder bei starkem Nebel mit unbeleuchteten Fuhrwerken fährt, macht sich auch strafbar, wenn sein Sonnenuntergang noch nicht eine Stunde verstossen ist.

2) Die Vorschrift, Fuhrwerke zu beleuchten, bezieht sich nicht nur auf fahrende, sondern auch auf solche Fuhrwerke, die auf öffentlichen Straßen und Wegen (bespannt oder unbespannt) — z. B. vor Gasthäusern — stehen.

3) Für Wagen, die zur Personenbeförderung bestimmt sind, sind fortan 2 Laternen — an jeder Seite des Fuhrwerks eine — vorgeschrieben. Die Herren Guts- und Gemeindevorsteher weise ich an, vorstehende Bekanntmachung wiederholt in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

Ich habe erneut auch darauf hinzuweisen, daß es Vorschrift ist, rechts auszuweichen und links zu überholen.

Im Interesse der Sicherheit auf den Straßen bin ich gezwungen, Uebertretungen, soweit sie auf den Kreischauffeern begangen werden, nachsichtlich empfindlich zu ahnden, und habe auch die Polizeiverwaltungen und die Herren Ortsvorsteher ersucht, diejenigen Uebertretungen, welche auf den innerhalb der Städte gelegenen Kreischauffestreden bezw. auf nicht chauffierten öffentlichen Wegen begangen werden, nachdrücklich zu bestrafen.

Groß Wartenberg, den 28. November 1913.

Da der Zeitpunkt herannahet, (20. Dezember 1913) zu welchem sämtliche ausländisch-polnische Arbeiter das Preussische Staatsgebiet verlassen haben müssen, ersuche ich die Ortspolizeibehörden des Kreises, in deren Bezirken ich die Genehmigung zur Beschäftigung solcher Arbeiter erteilt habe, darauf zu achten, daß bis zu dem oben genannten Zeitpunkt sämtliche ausländisch-polnische Arbeiter das Preussische Staatsgebiet verlassen und mir bis zum 20. Dezember ev. darüber zu berichten.

Groß Wartenberg, den 4. Dezember 1913.

## Bekanntmachung

betreffend die Bekämpfung der Schweinepest.

Die Schweinepest ist eine ansteckende Krankheit der Schweine.

### I. Krankheitsmerkmale.

#### 1. Bei raschem Verlaufe (akute Form).

Schwere Störung des Allgemeinbefindens, Appetitlosigkeit, hohes Fieber, Abgeschlagenheit. Die Tiere verfrischen sich unter der Streu, und bewegen sich beim Aufstehen teilnahmslos unter Schwanken des Hinterteils. Manchmal übelriechender Durchfall, manchmal Verstopfung. Tritt der Tod schon nach 1—2 Tagen ein, keine Verfärbung der Haut. Bei längerer Dauer blaurote Färbung und Schwellung der Ohren und fleckige Rötung am Bauch. Diese Art der Schweinepest befällt alte und junge Tiere.

#### 2. Bei schleichendem Verlaufe (chronische Form).

Befällt meist Ferkel und Läufer bis zu 3 Monaten. Solch erkrankte Tiere haben Durchfall, öfters Husten, mager ab, bekommen blaurote Ohren, schmutzigen Ausschlag und nicht selten triefende, verklebte Augen. Die Tiere können sich zum Schluß häufig nicht mehr vom Lager erheben und liegen langsam hin. Dieser Krankheitszustand kann wochen- und monatelang anhalten.

### II. Entstehung der Schweinepest.

Die Schweinepest ist außerordentlich ansteckend.

Der Ansteckungsstoff befindet sich im Blute und wird namentlich durch den Harn ausgeschieden; deshalb ist dieser besonders ansteckend. Die Verbreitung erfolgt in erster Linie durch den Handel, deshalb größte Vorsicht beim Einkauf. Neue Schweine sind zunächst zu isolieren oder mit einigen Ferkeln des alten Stammes zusammen zu sperren. Sind diese nach Ablauf von vier Wochen gesund geblieben, kann Zusammenbringen erfolgen. Vorsicht bei Benutzung fremder Eber oder bei Einstellen zu belegender fremder Säue. Vorsicht bei Futterwechsel; die daraus entstehenden Magen- und Darmkatarrhe begünstigen das Zustandekommen der Schweinepest. Als besonders gefährliches Futter haben sich Abfälle aus Galmwirtschaften erwiesen.

### III. Anzeigepflicht.

Bei Vermeidung empfindlicher Strafen sofortige Anzeige bei Ausbruch der Seuche. Auch bei Verdacht in anzeigepflichtig.

### IV. Maßregeln.

(Siehe §§ 258—276 der Viehschutzenpolizeilichen Anordnung zum Viehschutengesetz vom 26. Juni 1909.)

Im wesentlichen ist folgendes zu beachten:

#### 1. Sofortige Anzeige.

2. Kadaver oder bei geschlachteten Tieren Brust- und Baucheingeweide sind unter Verschluss bis zur amtstierärztlichen Untersuchung aufzubewahren.

3. Bei Verdacht dürfen vor derselben Schweine aus dem Bestande nicht abgegeben werden.

4. Gesunde Schweine sind von kranken und verdächtigen sofort zu trennen.

5. Am Seuchengehöft ist eine Tafel mit der deutschen Aufschrift „Schweinepest“ anzubringen.

6. Räumlichkeiten, in denen sich kranke oder verdächtige Schweine befinden, dürfen nur vom Besitzer, dessen Vertreter, Tierärzten und dem mit der Pflege und Wartung beauftragten Personal betreten werden.

7. Schweine anderer Besitzer dürfen das Gehöft nicht betreten.

8. Verendete, getötete oder geschlachtete Tiere dürfen ohne vorhergegangene Anzeige bei der Ortspolizeibehörde weder verwendet noch aus dem Gehöfte entfernt werden.

9. Pestkadaver sind unschädlich zu beseitigen. Sie sind auf Fahrzeugen oder in Behältnissen, die möglichst dicht schließen, zu befördern. Diese sind nach Gebrauch sofort zu desinfizieren. Auch vor Gebrauch, wenn sie mit kranken, verdächtigen Tieren oder deren Abgängen in Berührung gekommen sind.

10. Erkrankte und verdächtige Tiere dürfen aus dem Seuchengehöft nur zur sofortigen Abschachtung und nach eingeholter ortspolizeilicher Genehmigung entfernt werden.

11. Die Vorschriften, welche bei diesen Ausführungen einzuhalten sind, bestimmt die Ortspolizei für jeden einzelnen Fall auf Grund bestehender Bestimmungen.

12. Die Einfuhr von Schweinen in das gesperrte Gehöft ist verboten. Falls sie gestattet wird, sind die eingeführten Tiere als der Ansteckung verdächtig zu behandeln.

13. Der Weidegang pestkranker Schweine ist verboten.

14. Die Seuchenställe sind nach Erlöschen der Seuche vorschriftsmäßig zu desinfizieren.

Breslau, den 25. November 1913.

Der Regierungs-Präsident.

J. B.: Scheuner.

### Bekanntmachung.

Nach dem Stempelsteuergesetz vom 26. Juni 1909 ist die Stempelsteuer für

1. schriftliche oder mündliche Verträge über die Verpachtung oder Vermietung im Inlande gelegener unbeweglicher Sachen oder ihnen gleich geachteter Rechte,

2. schriftliche oder mündliche Verträge über die Verpachtung der Jagd auf inländischen Grund-

stücken (Jagdpachtverträge und Jagdabkaufverträge).

3. schriftliche oder mündliche Verträge über die Verpachtung im Inlande gelegener unbeweglicher Sachen zur Land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung,

in der Weise zu entrichten, daß der Verpächter oder Vermieter bzw. dessen Vertreter alljährlich spätestens bis zum Ablauf des Monats Januar seine sämtlichen, während des letztvergangenen Kalenderjahres in Geltung gewesenen Pacht- oder Mietverträge, soweit sie stempelspflichtig sind, in ein Verzeichnis einträgt und dieses Verzeichnis einem zuständigen Hauptzollamte oder Zollamte oder Stempelverteiler unter Zahlung des erforderlichen Stempelbetrages einreicht.

Die Steuerpflichtigen sind berechtigt, die Versteuerung der Verzeichnisse schon vor Beginn des Januar zu jeder beliebigen Zeit und im Voraus für mehrere Kalenderjahre vorzunehmen.

Ein Pacht- oder Mietvertrag der bezeichneten Art ist stempelspflichtig, wenn der nach der Dauer eines ganzen Jahres berechnete Pacht- oder Mietzins zu 1 oben mehr als 360 Mark, zu 2 und 3 oben mehr als 300 Mark beträgt. Dem Pacht- oder Mietzins sind die in Geld vereinbarten Vergütungen des Pächters oder Mieters für besondere Leistungen des Verpächters oder Vermieters, z. B. für die Reinigung der Schornsteine, die Müllabfuhr, die Beleuchtung der Treppen und Flure, die Hausreinigung, die Warmwasserversorgung usw. bei der Versteuerung hinzuzurechnen.

Auch ein Pacht- oder Mietvertrag, welcher auf kürzere Zeit (z. B. nur auf einen Tag, eine Woche, einen Monat) geschlossen wurde oder nur kürzere Zeit in Geltung war, ist stempelspflichtig, wenn der verabredete Pacht- oder Mietzins für den Fall, daß der Vertrag ein ganzes Jahr lang bestanden hätte, mehr als 360 Mark bzw. 300 Mark betragen haben würde. Ueberschreitet jedoch der für die Gesamtdauer des Vertragsverhältnisses zu entrichtende Pacht- oder Mietzins nicht den Betrag von 150 Mark, so ist ein Stempel nicht zu entrichten.

Die Vordrucke für das Pacht- und Mietverzeichnis und für das Jagdpachtverzeichnis enthalten in Form von Bemerkungen die näheren Bestimmungen über die Versteuerung und können nebst Einsagebogen von allen Hauptzollämtern und Zollämtern und den Stempelverteilern unentgeltlich bezogen werden, falls die Steuerpflichtigen Formulare nicht selbst mit der Feder anlegen wollen. Die obigen Bestimmungen gelten auch für Acker-, Pacht- und Mietverträge mit der Maßgabe, daß die Einreichung der be-



treffenden Verzeichnisse den Mieterverpächtern und Vermietern obliegt.

Durch Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Stempelsteuer für Pacht- und Mietverträge wird eine Geldstrafe verurteilt, welche dem zehnfachen Betrage des hinterzogenen Stempels gleichkommt, mindestens aber 30 Mark beträgt.

Dess, den 18. November 1913.

Königliches Hauptzollamt.

## Der Königliche Landrat von Busse.

### Bekanntmachungen anderer Behörden.

An den letzten beiden Sonntagen vor Weihnachten, also am 14. und 21. Dezember d. J., hat der Herr Regierungs-Präsident zu Breslau den offenen Verkaufsstellen im Handelsgewerbe zu Groß Wartenberg verlängerte Beschäftigungszeit von 2 bis 6 Uhr nachmittags gewährt.

Groß Wartenberg, den 26. November 1913.

Die Polizeiverwaltung.

### Holzverkauf.

Montag, den 15. Dezember d. J., vormittags 9 Uhr

findet der Verkauf von Durchforstungs- und Abraumhaufen im hiesigen Stadtforst statt.

Anfang im Jagen 10.

Sammelplatz bei Rlich in Pawelle.

Groß Wartenberg, den 4. Dezember 1913.

Der Magistrat.

Unter dem Schweinebestande des Häusers Friedrich Seider in Surmin ist Schweinepeste amtlich festgestellt und die Stallperre angeordnet worden.

Sachsenhammer, den 28. November 1913.

Der Amtsvorsteher.

Boethelt.

Der Plan über die Herstellung einer oberirdischen Telegraphenlinie an der Kunststraße von Pawelan nach Kozine (Kreis Groß Wartenberg) liegt vom 3. Dezember ab vier Wochen bei dem Postamt in Neumittelwalde aus.

Breslau I, den 28. November 1913.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

### Bekanntmachung.

Am Montag, den 8. d. Mts., abends 8,30 Uhr findet in Dess, Hotel Fürst Wücher, Ring, die Kameradschaftliche Versammlung der Unteroffi-

ziere und Unteroffizier-Aspiranten des Beurlaubtenstandes statt. Der Adjutant des Bezirkskommandos, Leutnant Gombicki, wird an diesem Abend einen Vortrag halten über das Thema: „Bekämpfung feindlicher Luftfahrzeuge im Kriege.“

Jeder Unteroffizier und Unteroffizier-Aspirant aus dem Landwehrbezirk Dess wird hiermit aufgefordert, teilzunehmen. Die auswärtigen Unteroffiziere und Unteroffizier-Aspiranten erhalten für die Hin- und Rückfahrt Bescheinigungen zur Lösung von Militärfahrkarten. Anmeldungen über Teilnahme umgekehrt an das Bezirkskommando erbeten, damit die Zuordnung der Bescheinigungen rechtzeitig erfolgen kann.

Recht zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Bezirkskommando.

### In der Privatklageache

des Postkassiners Stephan Biallek, früher in Ober Stradam, jetzt in Hundsfeld, Privatklägers,

gegen die verehelichte Kaufmann Pauline Gombille geb. Jattke in Ober Stradam, Angeklagte,

wegen öffentlicher Beleidigung, hat das Königliche Schöffengericht in Groß Wartenberg am 2. Oktober 1913 für Recht erkannt:

Die Angeklagte Gombille ist der öffentlichen Beleidigung des Briefträgers Biallek in Hundsfeld schuldig und wird zu 75 — fünfundsiebzig — Mark Geldstrafe verurteilt, an deren Stelle im Falle ihrer Nichtbeitreibung für je 3 Mark ein Tag Gefängnis tritt.

Soweit Verurteilung erfolgt ist, trägt die Kosten des Verfahrens die Angeklagte.

Die Richtigkeit der auszugsweißen Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt und die Rechtskraft des Urteils bescheinigt.

Groß Wartenberg, den 18. November 1913.

Runge, Aktuar,

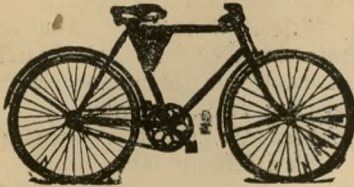
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

## Bedenken Sie

dass die geschäftsreichste Zeit des Jahres bevorsteht und es daher notwendig ist, mit der Weihnachts-Insertion in unserem Blatt zu beginnen. Nur dann können Sie auf einen wirklich flotten Absatz Ihrer Artikel rechnen.

Als  
**praktische Weihnachtsgeschenke**

empfehle :



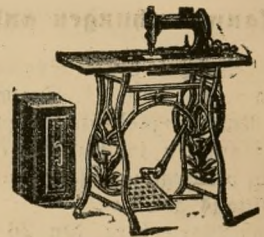
**Fahrräder**



von Mt. 39,50 an

■ **Nähmaschinen** ■

von 65 Mt. an, 5 Jahre Garantie.



**Sprechapparate von Mark 18.00 an.**

**Grosse Auswahl in Schallplatten**

darunter die

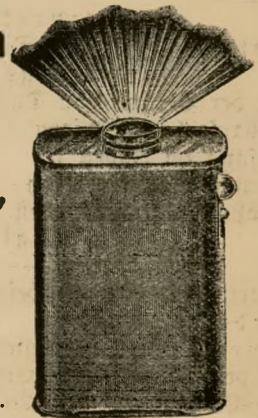
**neuesten Weihnachtsaufnahmen.**

**Grösstes Lager in elektr. Taschenlampen,  
 Feuerzeugen, Spiritusplätteisen.**

**Mund- u. Ziehharmonikas,**

**\*\*\* Luftgewehre. \*\*\***

**Grösste Reparatur-Werkstatt am Platze.**



**Paul Schczuka, Gross Wartenberg.**

Mechaniker.

Kalischer Strasse 202b.

**Schlachtreife Enten**

**70 Pf. pro Pfund lebend**

verkauft

**Wirtschaftsamt Neu Stradam.**

Plakate mit dem Aufdruck

**Sundesperre**

**wegen Tollwut**

sind vorrätig in

**W. Große's Buchdruckerei.**



Die militärische Beleidigung, welche ich dem Veteran und Häusler **Cou-rad Springer** zugefügt habe, nehme ich nach schiedsmännischem Vergleich zurück und leiste Abbitte.

**August Surek,**  
Häusler in Kraschen.

### Herzliche Weihnachtsbitte!

Warmherzige Mitmenschen, insonderheit die Eltern gesunder Kinder, bittet für seine 110 Pflinglinge, die des Mitleids und der Hilfe bedürfen, herzlichst um eine Weihnachts- und Dankesgabe **Das Schlesische Krüppelheim zu Rothenburg O.-L.**

**Gesundheit und Arbeitsfreude.** Bei den täglich wachsenden Ansprüchen, die an die Schaffenskraft und Freudigkeit des einzelnen heutzutage gestellt werden, liegt auf der Hand, daß derjenige am besten fährt, welcher hinsichtlich der Wahl der täglichen Nahrungs- und Genussmittel mit der nötigen Vernunft und Einsicht verfährt und sich stündlich fragt: Ist dies für meine Nerven zuträglich — ist jenes meiner Gesundheit förderlich — und was nicht noch mehr. Speziell gilt diese Frage bei der Wahl der täglichen Getränke, Bier, Kaffee, Wein usw., wo ein Zuviel im Genuß leicht ein Minus in der Gesundheit nach sich ziehen kann. Wer z. B. den an sich gewöhnlich vorzüglichen Bohnenkaffee wegen seiner nervenreizenden Eigenschaften auf die Dauer nicht vertragen kann, sollte dafür Seelig's handliert Kornkaffee trinken. Dieser wohl an erster Stelle stehende Fabrikat kommt nicht nur in seinem Geschmack dem Bohnenkaffee am nächsten, sondern ist auch ganz bedeutend billiger, so daß es auch der auf Sparsamkeit sehenden Hausfrau nur geraten werden kann, diesen Kaffee — der ebenso gut als voller Ersatz wie als Zusatz zum Bohnenkaffee Verwendung finden kann — bei ihrem Kaufmann zu verlangen. Der Wirtschaftskasse der tüchtigen Hausfrau aber wird gerade Seelig's handliert Kornkaffee besonders willkommen sein, weil dieses Fabrikat infolge seiner hohen Ausgiebigkeit (1 Pfundpaket zum Preise von 35 Pf. ist ausreichend für 70 bis 80 Tassen) ganz wesentliche Ersparnisse ermöglicht. Selbstverständlich senket auch die Herstellerin des Kaffees, Emil Seelig A.-G. in Heilbronn, auf Wunsch die verschiedenen Zubereitungsmethoden kostenlos und franko zu, oder gibt die nächstliegenden Verkaufsstellen an.

**Weihnachtsgeschenke und Sorgen.** Und immer ist es die alte Felle: Wem das Auge voll ist, läuft das Portemonnaie über, — wenn man das Endergebnis der Einkäufe betrachtet, so hat man immer mehr ausgegeben, als man wollte, und zum Fest selbst bleibt in den allermeisten Fällen nichts übrig als Sorgen. Der Hans wollte absolut ein Grammophon haben, der Fritz eine Trompete, die Pief eine Uhr und die Grete einen Ring, — alles teure Sachen! Und wenn man dann noch alle übrigen „Kleinigkeiten“ hinzurechnet, — wo ist nur das Geld geblieben? Dabei braucht man sich wirklich nicht so den Kopf zu zerbrechen. Gibt es doch genug Geschäfte, die es einem durch ihre Institutionen ermöglichen, die wertvollsten Schmuck- und sonstigen Gegenstände sowie sämtliche Spielwaren bei bequemsten Ratengahlungen zu kaufen, wie z. B. das bekannte Haus Jonas u. Co., Berlin N. O. 524, Belle-Alliance-Str. 3. Man hat lediglich nötig, seine speziellen Wünsche anzugeben, woraufhin die Zusendung der reich illustrierten Kataloge vollkommen unverbindlich und kostenlos erfolgt. Es kann also nur jedem — der Weihnachten nicht Sorgen haben will — geraten werden, sich bald an die genannte Firma zu wenden.

Sonderabdruck aus Heft 49 der Zeitschrift der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien,

### Krankenversicherung.

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer hat beschloffen, den schlesischen Landwirten für die Durchführung der reichsgegesetzlichen Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Diensthboten folgende Leitsätze zu einheitlicher Beachtung dringend zu empfehlen:

1. Von der Gründung von Betriebskrankenkassen (§ 245 R. V. D.) ist im Interesse der Allgemeinheit in Kreisen, in denen Landfrankenkassen errichtet sind, abzusehen.

2. Anträge auf Befreiung (§ 418 R. V. D.) zu stellen, empfiehlt sich im allgemeinen nicht.

3. Die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer sind zur Leistung ihres gesetzlichen Beitragsteils (zwei Drittel der Beiträge), grundsätzlich heranzuziehen (§§ 381 und 394 R. V. D.).

4. Die freie ärztliche Behandlung der nicht-versicherten Angehörigen der ständigen Arbeiter ist — falls die zuständige Landfrankenkaſſe Familienhilfe nicht gewährt — durch Privatverträge mit den zuständigen Kassenärzten zu sichern.

5. Für alle mit größeren Naturalbezügen (freie Kost, Deputat) und auf Jahreslohn mit Jahresverträgen angestellten Versicherten (Knechte, Mägde usw.) ist die Versicherung zu ermäßigten Beiträgen unter Fortfall des Krankengeldes (§ 420 R. V. D.) in Anspruch zu nehmen.

6. Bei Diensthboten ist die Anrechnung des Krankengeldes auf den Lohn (§ 436 R. V. D.) grundsätzlich durchzuführen, soweit hier nicht Befreiung vorgezogen wird.

7. Es ist dahin zu wirken, daß in allen Landfrankenkaſſen bei Rentempfindern die Ausschüttung des Krankengeldes (§ 423 Abs. 1 R. V. D.) eingeführt wird. Wer eine andauernde jährliche Rente im 300fachen Betrage des Krankengeldes bezieht, wird des Krankengeldes nicht bedürfen.

8. Es ist dahin zu wirken, daß in allen Landfrankenkaſſen bei dauernd beschränkt Arbeitsfähigen die Ermäßigung des Grundlohnes (§ 423 Abs. 3 R. V. D.) durchgeführt wird.

9. Es ist dahin zu wirken, daß in allen Landfrankenkaſſen die Festsetzung des Grundlohnes stufenweise (§ 180 Abs. 2 R. V. D.) möglichst unter Anpassung der Stufen an die Lohnklassen der Invalidenversicherung erfolgt. Begründung der wichtigsten Leitsätze 1, 2, 3, 5 und 6.

Zu 1. Betriebskrankenkassen.

Die Gründung eigener Betriebskrankenkassen hat folgende Nachteile:

a) Die schwierige und sehr lästige eigene Kassensführung mit Aufstellung statistischer Nach-



weise unter ständiger Kontrolle der Aufsichtsbörden bedingt eine große Müheanstaltung.

b) Dedem bei der Betriebskrankenkasse 6 % des Grundlohns als Beiträge die Regelleistungen nicht, was bei kleinem Kassenumfang leicht möglich ist, so hat der Arbeitgeber das Mehrerfordernis aus eigenen Mitteln zu decken; bei der Landkrankenkasse tritt der Kommunalverband ein.

c) Der Arbeitgeber hat bei der Betriebskrankenkasse über alle wichtigen Maßnahmen den Vorstand und den Ausschuss beizustehen zu lassen; in beiden Organen ist er nur zu einem Drittel stimmberechtigt. Unzufriedene Elemente der Arbeitnehmer werden hierbei weit eher zu übertriebenen Ansprüchen neigen, als bei der Landkrankenkasse; auch bei der Arztwahl hat der Arbeitgeber nicht freie Hand. Das im alleinigen Interesse wünschenswerte gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird hierbei leicht gefährdet werden.

d) Nur von größeren, mindestens 50 Arbeiter beschäftigenden Arbeitgebern kann eine Betriebskrankenkasse errichtet werden. Durch ihre Errichtung schaften sich die größeren Besitzer aus der Allgemeinheit der Grundbesitzer aus und erschweren und verzerren den Betrieb der Landkrankenkasse. Gerade in heutiger Zeit ist es aber unbedingt erforderlich, daß Groß- und Kleingrundbesitz Hand in Hand gehen, daher muß auch aus sozialen Rücksichten von der Errichtung von Betriebskrankenkassen abgeraten werden. Zu 2. Antrag auf Befreiung von Klassenbeiträgen.

Auf die Befreiung von der Versicherungspflicht (§ 418 R. V. D.) treffen die vorangezogenen Nachteile im wesentlichen gleichfalls zu, der Nachteil zu 1c in verstärktem Maße. Als weiteres wichtiges Bedenken tritt hier hinzu, daß bei der Befreiung dasjenige, was dem Arbeitnehmer bisher aus freiem Willen geboten wurde, ihm fortan zumal in wesentlich erhöhtem Maße (Krankengeld usw.) als Rechtsanspruch zugebilligt wird, ohne daß er selbst die geringste Gegenleistung dafür übernimmt. Gerade dieses aber ist in heutiger Zeitsage aus ethischen und sozialen Gründen durchaus zu vermeiden.

Zu 3. Beitragszahlung.

Die nach vorgängiger Ueberlegung vom Gesetzgeber vorgeschriebene Aufbringung der Mittel durch Beiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer muß genau wie bei der Alters- und Invalidenversicherung grundsätzlich und unbedingt zur Durchführung gelangen. Nur dann werden die Arbeitnehmer ein Interesse an der finanziellen Entwicklung der Kasse gewinnen und nur dann werden sie auch gegenseitig darüber wachen, daß nicht einzelne die Kasse grundlos und übermäßig in Anspruch nehmen.

Daß Mangel an Arbeitern besteht, ist bekannt. Arbeitgeber, welche aber aus schwächlicher und falscher Angst vor dem Arbeitermangel oder, weil sie es vorziehen, als Auskäufer schmächtig im Trüben zu fischen, gegen die klare Gesetzesbestimmung und gegen den Willen der Allgemeinheit der Berufsgenossen die volle Beitragszahlung auf sich übernehmen, werden schwere Schuld auf sich laden und sich voll begründet der Brandmarkung durch ihre Berufsgenossen aussetzen.

Zu 5. Antrag auf Ermäßigung der Beiträge.

Es war bisher Brauch, den auf Jahreslohn Angestellten auch in Krankheitsfällen ihren Lohn unverkürzt weiter zu zahlen. Diesen schönen Brauch weiter zu behalten, wird empfohlen; alsdann aber neben dem unverkürzten Lohn noch Krankengeld zu gewähren, wäre nicht nur überflüssig, sondern sogar widersinnig; denn es würde das nichts anderes bedeuten, als eine Prämienzahlung aufs Kranksein. Beantragt nun der Arbeitgeber die Ermäßigung für seine Jahresangestellten, so werden für Arbeitgeber und Arbeitnehmer einerseits die Versicherungsbeiträge ermäßigt und andererseits fällt die Gewährung von Krankengeld fort. Alle übrigen Leistungen der Kasse (freier Arzt, Apotheke, Sterbegeld usw.) bleiben bestehen, es werden also die Arbeitnehmer bei geringeren Zahlungen ihrerseits noch immer besser gestellt sein, als es bisher der Fall war. Da außerdem alle Lohnauseinanderlegungen und Lohnhöhen auf diese Weise vermieden werden, kann allen Landwirten die Stellung des Antrages auf Ermäßigung für ihre auf Jahreslohn angestellten Knechte und Mägde nur aufs dringendste empfohlen werden.

Zu 6. Anrechnung des Krankengeldes auf den Lohn.

Da bei Dienstboten die Stellung eines Ermäßigungsantrages nicht imutlich ist, empfiehlt es sich, den Tageslohn wie bisher in Krankheitsfällen unverkürzt weiter zu zahlen und dafür die auf die Versicherten entfallenden Krankengelder für sich einzuziehen (§ 436 R. V. D.). Es werden alsdann die Versicherten immer noch günstiger gestellt sein als bisher, denn die einkommensreichen Krankengelder erreichen längst nicht die Höhe des voll weitergezahlten Lohnes und die Versicherten beziehen, was vordem nicht der Fall war, neben freiem Arzt und Apotheke usw. noch Wochengeld, Sterbegeld usw. Es wird sich danach auch erübrigen, Lohn erhöhungen einzutreten zu lassen, und dies wird um so weniger nötig sein, als die offensichtlich bezug gehende Konjunktur zu solchen gewißlich nicht anregen kann.

gez. von Althina.